

10. Ausgabe – 17. Oktober 2006

## Sächsischer Parteikonvent der Linkspartei.PDS und der WASG



Mehr als 160 TeilnehmerInnen nutzten am 7. 10. 2006 in Dresden die Gelegenheit beim ersten Sächsischen Programmkonvent von Linkspartei.PDS und WASG Sachsen über den Prozess der Bildung der neuen Linken engagiert zu diskutieren. Der Konvent bot in einem offenen Plenum und verschiedenen Foren der Basis beider Parteien Gelegenheit, über programmatisch-strategische Eckpunkte zu diskutieren. „Mit dem Konvent und der daraus folgenden Debatte haben nun die Mitglieder beider Parteien die Gelegenheit den Diskussionsprozess über die Gründungsdokumente aktiv mitzugestalten. Mit diesem Prozess betreten wir Neuland, aber auch Holpersteine bleiben da nicht aus. Der Erfolg der neuen Partei hängt davon ab, wie sie sich inhaltlich aufstellt“, sagte die Landesvorsitzende der Linkspartei.PDS Sachsen, Dr. Cornelia Ernst. Übereinstimmend stellten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer fest: Wir befinden uns jetzt in den „Mühen der Ebene“, wir entwickeln zurzeit ein neues Statut und sind mitten in der Programmdebatte. Der Konvent stellt fest, dass die verschiedenen Strö-

mungen ihre Standpunkte in die Gründungsdokumente einfließen lassen sollen und sich in der Programmatik der neuen Partei wieder finden. Das gilt für die antikapitalistische, die emanzipatorische und die sozialistische Linke ebenso wie für die Reformlinke und alle anderen linken Kräfte. „Die Linkspartei.PDS als pluralistische Partei hat jahrelange Erfahrungen mit unterschiedlichen Positionen und politischen Ausrichtungen“, sagte Ernst. „Dieser Pluralismus muss auch der neuen Partei eigen sein.“ „Gleiches und Unterschiede sollen befruchtend in diese Debatte um das neue Programm eingebracht werden“, sagte das Mit-

glied des gf. Vorstandes der WASG Sachsen, Enrico Stange. Deswegen sei es wünschenswert, wenn wie in den Eckpunkten diese Unterschiede und Gemeinsamkeiten auch im Gründungsdokument zum Ausdruck kommen. Nur so können wir Kommunisten, linke Sozialdemokraten und Grüne, soziale Bewegungen und Gewerkschaften erreichen, betonen beide Politiker. In der Debatte wurde Sozialismus als ein Transformationsprozess, der an den gegebenen Verhältnissen anknüpft und über diese hinausweist, definiert. Dazu ist eine in der Gesellschaft tief verwurzelte Antidiskriminierungskultur vonnöten, denn unsere Gesellschaft ist geprägt von massiven Ausgrenzungen und Diskriminierungen in gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und staatlichen Bereichen. Wir befinden uns in der deutschen Variante einer internationalen Diskussion, wie linke Alternativen politikfähiger und einflussreicher gemacht werden, waren sich die TeilnehmerInnen einig. Und: eine demokratische sozialistische Gesellschaft muss gemeinsam definiert werden. Im Januar 2007 wird gemeinsam mit der bayrischen Linkspartei.PDS und WASG ein zweiter Programmkonvent stattfinden.



# Vom Frühstück zum Protest

Dass ein gutes Frühstück ein guter Start in den Tag ist bewies sich bereits beim ersten Antifaschistischen Frühstück im Liebknecht-Haus vor gut einem Jahr. Anknüpfend an diese gute Erfahrung öffneten Linkspartei.PDS und WASG am 3. Oktober einladend das linke Haus in der Braustraße. Vor dem Protest gegen Wochs 16. Naziaufmarsch sollten sich Gegendemonstrierende ausgiebig und auf jede Weise stärken können. Über 100 Besuchende kamen, noch nie hier gesehene Leute stellten sich ebenso ein wie altbekannte Gesichter. Sogar manche von verschiedenen linken politischen Konkurrenzorganisationen füllten sich Teller und Tasse mit genüsslichem Schmunzeln. Doch der inhaltliche Austausch untereinander war mehr als beabsichtigt. Die Speisung vieler Münder zwischen dem neuen Parterre-Wahlkreisbüro im Aufbau und dem frisch gestrichenen Dachboden lohnte den Aufwand.

Die Frühstückenden konnten sich durch die drei gut gefüllten Potsdamer Polizeifahrzeuge vor der Tür wohlbewacht vorkommen. Nicht weit entfernt, am Südplatz, nahm man bereits am Vormittag die Personalien von PassantInnen der Karl-Liebknecht-Straße auf - sofern die Personen aufgrund ihrer Äußerlich-

keit in das gedanklich vorgestanzte Raster passten. Ein mittlerweile üblich gewordener behördlicher Morgengruß an solchen Tagen. Leipzig ist dann in weiten Teilen keine Stadt mit Handlungs- und Bewegungsfreiheit mehr sondern ein „allgemeiner Kontrollbereich“.

Eine angebliche Strategie des Deeskalierens verkam später auch an den Orten des Protestes nicht selten zur reinen Worthülse, wenn sich auch manches Kommunikationsteam und manch Lautsprecher seitens der Beamten ernsthaft um Friedlichkeit zu bemühen schien. Die zum Teil maskierten Kolleginnen und Kollegen aus mehreren Bundesländern übten sich derweil im deutlichen Absperrn und rüden Abdrängen des weitgehend friedlichen Protestes. Am Rande lieferte die nicht zu rechtfertigende Militanz einer Minderheit von Gegendemonstrierenden den willkommenen Anlass die friedliche Mehrheit ins Visier zu nehmen und anschließend medial zu verunglimpfen. Als Problem sah man eher die Gegendemonstrationen, verkehrte Welt.

Offensichtlich hatte man Woch diesmal problemlos laufen lassen wollen. Die Blockaden der Gegendemonstrier-

enden blockierten dank „beherztem Eingreifen der Ordnungskräfte“ nur theoretische, nie aber die wirkliche Strecke des Ultranasis und seiner Spießgesellen. Aus deren braunen Tiraden am Hauptbahnhof und am Ostplatz sprach das Frohlocken einer Nazischar, welche sich selbstbewusster denn je zeigte. Jedenfalls bekam diese keinesfalls die angebliche „Unterdrückung der nationalen Bewegung durch das System“ zu spüren als deren angebliches Opfer sie sich absurder Weise darzustellen versucht. Der immer wieder in (Wahl-)Sonntagsreden geforderte „Aufstand der Anständigen“ hatte es dagegen an diesem Tag sehr schwer den braunen Unholden seine Missbilligung zuzurufen. Die von der Versammlungsfreiheit ja wohl gleichfalls geschützte Gegenmeinung blieb polizeilich beargwöhnt. So wird das nichts mit der Bekämpfung des Rechtsextremismus. Dies muss an die Adresse der Verwaltungsrichter, des Herren Polizeipräsident Müller, des Einsatzleiters und so mancher LVZ-JournalistInnen schon gesagt sein.

Sehen wir es bisweilen so: Relativ erfolglos demonstriert, aber gut gefrühstückt.

Das versöhnt wenigstens mit uns selbst. Beim 17. Woch-Aufmarsch sind wir wieder da. *Marco Götze*

---

## Woch-Erfolg durch Versagen von Rathauspitze und Polizei ermöglicht – Linkspartei fordert Bündnispartner auch zur selbstkritischen Auswertung auf

Der nahezu reibungslose Durchmarsch der gestrigen Neonazidemo bis zum Ostplatz ist zweifellos eine bittere, aber zugleich auch lehrreiche Niederlage für den antifaschistischen und zivilgesellschaftlichen Widerstand in Leipzig. Zu den Ursachen zählen hausgemachte Gründe wie die fehlende Mobilisierungsfähigkeit breiterer Bevölkerungskreise, die mangelnde Koordinierung der Protestaktionen im Vorfeld und am 3. Oktober selbst sowie plakative Alibiaktionen und Profilierungssüchte einzelner Akteure und Parteien: trauriger Höhepunkt war diesbezüglich die parteipolitische Instrumentalisierung des Geschehens

durch den SPD-Generalsekretär Hubertus Heil.

Den Hautgrund des unbestrittenen und von den Neonazis selbstverständlich sofort mit zynischer Offenheit gefeierten Erfolgs bildete aber die offenkundig mit der Rathauspitze abgestimmte fatale Polizeitaktik, die bei den letzten beiden Woch-Aufzügen durchgeführte friedliche Blockade diesmal mit allen Mitteln zu verhindern. Entgegen den verbalen Bekundungen der Einsatzleitung wurden friedliche Demonstranten in zahlreichen Fällen nicht durchgelassen, abgedrängt oder sogar eingekesselt. Damit wurden die Einsatzkräfte mit Rückendeckung der politisch

versagenden Rathauspitze – gewiss unwillentlich – objektiv in Handlanger der Neonazis verwandelt.

Vor der Hintergrund wachsender Wahlerfolge rechtsextremistischer Parteien sind von der Politik weniger Lippenbekenntnisse zu Zivilgesellschaft und couragierter Bürgerschaft sondern deren aktive Unterstützung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gefordert – in Leipzig und überall. Die Leipziger Linkspartei wird daher alle ihre Möglichkeiten nutzen, die Ereignisse am gestrigen Tag kritisch und selbstkritisch auszuwerten und für den nächsten drohenden Neonazi-Aufmarsch am 1. Mai 2007 die entsprechenden Schlussfolgerungen zu ziehen.

*Dr. Volker Külöw*

# Eine andere Seniorenpolitik ist in der BRD schon längst nötig!

Das Alter ein Lebensabschnitt mit eigenen Bedürfnissen und Ansprüchen beinhaltet das unveräußerliche Men-

Man geht davon aus, dass Menschen mit 50 Jahren wenn sie keine Arbeit haben schon alt sind. Obwohl sie laut



scherecht auf ein selbst bestimmtes Leben. Es besteht die Notwendigkeit Alternativen zur Senioren- und Rentenpolitik der Bundesregierung zu finden. Auf Initiative der Fraktion und des Stadtvorstandes der Linkspartei.PDS Leipzig fand am 13. September die 4. Seniorenpolitische Konferenz statt. Den Teilnehmern der Konferenz wurden vom Vorsitzenden der Landessenoren-AG und Vizepräsidenten der Volkssolidarität Genossen Peter Kätzel die neu überarbeiteten Standpunkte der Linkspartei. PDS erläutert. Er informierte auch über die Ergebnisse des 8. Deutschen Seniorentages in Köln.

Statistik noch einen Lebensabschnitt von 20 - 30 Jahren vor sich haben. Diese Zeit gilt es zu nutzen, um für die Rechte der Senioren einzutreten und zu verhindern, dass ihre Lebensleistung missachtet wird.

Diskriminierend für die Älteren ist, wie das der Seniorenpolitische Sprecher der Linkspartei. PDS im Sächsischen Landtag und der Stadtfraktion Genosse Dr. Dietmar Pellmann ausführte, wenn es in den letzten drei Jahren keinerlei Rentensteigerungen gegeben hat. Das bedeutet nicht nur Stagnation des Realeinkommens der Rentner sondern einen Rückgang. Das reale

Rentenniveau dürfte seit 2003 um ca. 10 Prozent gesunken sein. (Preissteigerungen von ca. 6 Prozent, höhere Beiträge zur Pflegeversicherung sowie zur gesetzlichen Krankenversicherung) Dabei geht es nicht nur um die jetzigen Rentner. Es zeichnet sich ab, dass immer mehr künftige Rentner ihre Existenz nicht mehr aus eigenen Einkünften bestreiten werden können. All das Vorgenannte erfordert, die Kräfte zu koordinieren und den Erfolg zu organisieren. Ein wesentlicher Baustein dazu war die 4. Seniorenpolitische Konferenz.

An dieser Konferenz nahmen 22 Vertreter von Seniorenvereinen und Organisationen sowie Spitzenverbänden der Wohlfahrtspflege teil. Acht Vertreter der Dezernate der Stadt Leipzig bzw. Leipziger-Land und des Seniorenbeirates waren anwesend. Teilgenommen haben u. a. auch fünfzehn Mitglieder von Ortsverbänden und Basisorganisationen sowie drei Mitglieder aus Bürgervereinen.

Die Forderung nach einem landesweiten Seniorenmitwirkungsgesetz sowie alternative Konzepte und Vorschläge der Linkspartei.PDS, sind in den Broschüren „Seniorenpolitische Standpunkte“ sowie das von Dr. Pellmann gehaltene Referat, beim Stadtvorstand der Linkspartei.PDS Leipzig zu erhalten.

Zum Schluss möchte ich allen danken, die geholfen haben, diese Seniorenkonferenz erfolgreich durchzuführen und hoffe, dass wir es auch weiterhin schaffen werden die gemeinsamen Interessen zu bündeln.

**G. Uhlig**  
**AG Senioren**

## geschäftliche Vorstellung

Ich habe eine kleine Firma gegründet, um meine fachliche Kompetenz und Kapazität den Menschen nutzbar zu machen, die einen Bedarf an einem behaglichen Wohnen haben. Oft haben die Verwandten und Bekannten zu wenig Zeit oder wohnen zu weit weg. Aber ein neuer Anstrich oder Tapetenwechsel ist notwendig. Ich stehe mit meiner Dienstleistung gern zur Verfügung. Auf Wunsch (nach Vereinbarung) nehme ich Ihnen (für einen kleinen Preis) auch alle damit verbundenen unangeneh-

men Arbeiten ab, wie z. B. Gardinenstangen und Lampen ab- und anbringen, reinigen von Türen und Schränken sowie Fensterputzen usw.

Auf weißer Rauhfaser tapete kann ich farbliche Gestaltungen aufbringen, z. B. auch Bordwin + Dekore, selbst hergestellt als Unikat. Ein neues Bild von mir gemalt, kann den neuen Wohnraum preisgünstig aufwerten.

Zu meinen weiteren Dienstleistungen zählen:

- alle Maler- und Tapezierarbeiten
- farbliche Raumgestaltung
- Illusionsmalerei, Wandmalerei
- Bordüren, Dekore, alte Maltechniken
- Passende Bilder zum neuen Wohn-design in Öl, Acryl, Aquarell
- Ein Tierporträt für Tierfreunde (auch als Geschenkidee)

Kontakt zu mir:

Malerei Maritta Brückner,  
Rosenowstraße 28e,  
04357 Leipzig,  
Tel.: 0177 7254505

## Ökonomisierung weiterer Lebensbereiche durch Privatisierung

Obwohl den Menschen immer wieder eingebläut wird, die private Wirtschaft könne alles besser und billiger als die kommunale, machen alle kommunalen Unternehmen in Leipzig, außer der LVB, Gewinne - während die Privatwirtschaft nur leere Versprechungen macht. Wie bei der letzten Teilprivatisierung der Stadtwerke, als man 250 neue Arbeitsplätze versprach, aber nicht schuf. Wenn jetzt trotzdem ein Verkauf kommunalen Eigentums droht, dann nicht, weil die Betriebe defizitär arbeiten, sondern weil die Stadt Geld braucht. Die SPD und Herr Jung haben die Propf-Verschuldung als schwarzen Peter ausgemacht. Aber die undifferenzierte Behauptung, Schulden seinen schlecht und müßten dringend abgebaut werden, ist einfach falsch - vor allen Dingen mit dem unausgesprochenen Zusatz „koste es, was es wolle“.

"Wenn die Stadt investiert hat", hätte sie gute Gründe, sich zu verschulden und diese werden auch in der Nachbetrachtung nicht schlechter - es sei denn, man versucht Hals über Kopf diese Geschäfte rückgängig zu machen, um sich zu entschulden. Dann allerdings verliert die Stadt doppelt: beim Auslösen der Schulden und beim Verkauf von kommunalen Besitz unter seinem realen Wert.

Weil für Union und Liberale die Privatisierung ein ideologisches Dogma darstellt, werden alternative Optionen von ihrer Seite gar nicht erst in Betracht gezogen. Wenn es in Leipzig noch nicht zu einer Privatisierung der kommunalen Daseinsvorsorge gekommen ist,

verdanken wir das vor allem den Lebenslügen der Union, der eine Teilprivatisierung bisher zu wenig ist. Offensichtlich meint die Union, um mit Heribert Prantl zu sprechen, noch aus jedem „Gefängnis ein Profitcenter machen“ zu können.

Da steht Herr Rüttgers mit der Erkenntnis, wie gefährlich die zunehmende Ökonomisierung aller Lebensbereiche für die Gesellschaft ist, ziemlich alleine.

Die Ökonomisierung ALLER Lebensbereiche ist Kapitalismus pur - und zerstört nicht nur die sozialen Gemeinschaften, deren innerer Zusammenhalt auf immaterielle Werte basiert. Auch die Wertvorstellungen selbst werden „entwertet“.

Ist diese Ökonomisierung ein Grund, sich ernsthaft Sorgen zu machen?

Nein, sagt Christian Wulff, CDU Ministerpräsident in Niedersachsen. - denn die CDU hat ja ZITAT den „Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit aufgehoben“. Also wenn die Deutsche Bank trotz 25 % Eigenkapitalrendite befürchtet, von größeren Multis geschluckt zu werden, während 50 % aller Deutschen zusammen ganze 4 % am Volksvermögen besitzen, wenn 5 Millionen arbeitslos sind, und die Kinder- und Altersarmut immer mehr Menschen an die Tafeln treibt - dann kann das KEIN Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit sein - denn DEN hat die CDU ja aufgehoben. Mehr noch ist es die „eigentliche Faszination der CDU“, dass sie ZITAT „ein Höchstmaß an sozialer Sicherheit“ geschaffen hat.

Bevor diese Aussage von Rentnern, Hartz IV Empfängern, oder Behinderten, als Verhöhnung „mißverstanden“ werden konnte, hat sich ein Parteivorstand der CSU zu Wort gemeldet und erläuternd auf den Punkt gebracht, was die Union unter „sozial“ versteht: „Alle die über soziale Marktwirtschaft reden, vergessen, das Wettbewerb AN SICH SOZIAL ist.“

Wettbewerb ist also „an sich sozial“! Statt miteinander also gegeneinander - und je härter der Wettbewerb ist, desto sozialer ist die Welt?

Wer, wie dieser CSU Parteivorstand, unter dem Begriff „Sozial“ sein absolutes Gegenteil versteht, für den gibt es kein Sozialsystem, keine Sozialversicherung, keine Sozialgesetzgebung, keinen Sozialstaat - kein soziales Verhalten. Der ist tatsächlich ASOZIAL.

Soziale Marktwirtschaft bedeutet dann: maximaler Wettbewerb, maximale Auslese, maximaler Profit.

Es geht bei den Privatisierungen, auch in Leipzig letztlich nicht um den Schuldenabbau, nicht um mehr Marktwirtschaft - schon gar nicht um „soziale“ Marktwirtschaft - sondern um die schrittweise Ökonomisierung aller Lebensbereiche. Das die kommunalen Betriebe profit-orientiert, aber nicht gewinn-maximiert arbeiten, weil sie zusätzlich für die Gemeinschaft wichtige soziale, ökologische und gemeinnützige Aufgaben erfüllen, kann jemand, der Wettbewerb für sozial hält, sicher nicht verstehen.

WIR aber haben verstanden, das wir uns ebenso gegen den kommunalen Ausverkauf stellen müssen, wie gegen die Ökonomisierung unserer übrigen Lebensbereiche.

*Ralf Stauttenberg*

### Herbstwanderung der Ökologischen Plattform

Hochhalde Trages

Rundwanderung auf der Hochhalde Trages bei Espenhain mit Erläuterungen zur Geschichte der Halde und zur Renaturierung der Bergbaufolgelandschaften im Südraum Leipzig.

Treffpunkt: 22. Oktober 2006 um 9:30 Uhr Straßenbahnhaltestelle Connewitzer Kreuz oder für Radfahrer 10 Uhr Zufahrt Hochhalde Trages.  
Hinweis: Anfahrt mit Fahrrad oder Auto. Zu Bildung von Fahrgemeinschaften bitte in der Geschäftsstelle (Tel.: 14064411) melden.

### Entscheidung zum Nachtflug am Flughafen Schkeuditz

Am 24. und 25. Oktober, ab 9:00 Uhr findet eine Kundgebung vor dem Bundesverwaltungsgericht in statt. An diesen beiden Tagen wird dort über den Nachtflug am Flughafen Schkeuditz verhandelt. Es wäre wünschenswert, wenn viele Menschen an dieser Kundgebung teilnehmen.

*IG Nachtflugverbot*

## Der soziale Kahlschlag geht weiter – unsere Antwort darauf sind Aufklärung, Mobilisierung und Protest!

Unter dem Motto „Der soziale Kahlschlag geht weiter – unsere Antwort darauf sind Aufklärung, Mobilisierung und Protest!“ stand ein gesundheitspolitisches Forum am 26. September in Leipzig. Auf der Grundlage des von hoher Kompetenz geprägten Einführungsreferates des Kollegen Herbert Weisbrod-Frey – Bereichsleiter Gesundheitspolitik beim ver.di – Bundesvorstandes über die Risiken der begonnenen und noch geplanten Gesundheitsreform der großen Koalition, der ergänzenden Beiträge durch Frank Spieth – Mitglied des Gesundheitsausschusses der Bundestagsfraktion DIE LINKE über das Alternativ-Konzept einer sozialen und solidarischen Bürgerversicherung, Frau Dr. Cornelia Heintze – Politologin über Reformalternativen am Beispiel besonders der skandinavischen Erfahrungen sowie des Sozialpolitischen Sprechers der Landtagsfraktion der Linkspartei.PDS – Dr. Dietmar Pellmanns zu den Auswirkungen der Gesundheitsreform auf Landesebene entwickelte sich eine lebhaft Diskussion

unter den rund vierzig Teilnehmern. Der Einladung waren Vertreter unterschiedlichster sozialer Gruppen gefolgt, Vertreter von Betriebs- und Personalräten aus dem Gesundheitswesen, Vertreter der Ärzteschaft, im sozialen Protest aktive Erwerbstätige und Erwerbslose, interessierte Bürger und Bürgerinnen. In einer kritisch-konstruktiven Atmosphäre wurde um Antworten nach den Möglichkeiten und Chancen zur Entfaltung einer wirksamen Mobilisierung des Widerstandes gegen die geplante Fortsetzung der neoliberalen Gesundheitspolitik gestritten. Im Ergebnis entstand die folgende

### Leipziger Erklärung:

Die Teilnehmer des gesundheitlichen Forums „Stirbt früher, wer arm ist? – Gesundheitspolitik im Geiste des Neoliberalismus und alternative Strategien“ vom 26. September 2006 unterstützen in vollem Umfang das Konzept einer sozialen und solidarischen Bürgerversicherung unter dem Motto: Eine

für alle, statt jeder gegen jeden! Mit der bereits vollzogenen Preisgabe der paritätischen Finanzierung in die Krankenversicherung und der unverhohlenen weiteren Umverteilung von unten nach oben stirbt nicht nur das Grundrecht auf Gesundheit für jedermann – Nein, wer arm ist im reichen Deutschland der stirbt nach jüngsten Untersuchungen auch früher! So erklärte der Institutsleiter für medizinische Psychologie der Universität Leipzig: „Wer mehr als zwei Jahre arbeitslos sei, hat statistisch sogar ein viermal höheres Sterbe-Risiko.“

Mit den radikalen Methoden einer so genannten Kostensenkung im neoliberalen Geiste verabschiedet sich die Bundesregierung von ihrem Verfassungsauftrag der Sicherstellung öffentlicher Daseinsvorsorge und öffnet dem am Profit orientierten Markt ungebremst den Zugang zum Menschenrecht auf Gesundheit. Betroffen von dieser Politik sind nicht nur die Kranken, Behinderten und ältere Bürger – betroffenen sind alle gesetzlich Versicherten ebenso wie die im Gesundheitswesen beschäftigten Mitarbeiter.

*Petra Weißfuß*

## Sandkastenspiele hinter den Kulissen sofort beenden – Erarbeitung eines Perspektivkonzeptes für Grünau unter Einbeziehung aller Betroffenen

Zu dem am 11. Oktober 2006 in der Leipziger Volkszeitung veröffentlichten Beitrag „Unklare Zukunft für Grünau“ erklärt der in Grünau direkt gewählte Landtagsabgeordnete und Stadtrat Dr. Dietmar Pellmann: Immer wieder haben wir die Stadtverwaltung angemahnt, endlich ein tragfähiges Perspektivkonzept für Grünau vorzulegen. Dass, was nunmehr als „Konzept“ über die Presse bekannt wurde, trägt in keiner Weise zur Stabilisierung des größten sächsischen Neubaugebietes bei. Es muss endlich Schluss sein mit weiteren Sandkastenspielen hinter den Kulissen und der weiteren Verunsicherung der Grünauerinnen und Grünauer. Bereits in den letzten Jahren hat dieser Wackelkurs

der Stadtverwaltung wesentlich zur Abwanderung von Einwohnern geführt. Und auch die LWB, die ihren ursprünglichen Grünauer Wohnungsbestand auf ein Fünftel reduziert hat, trug nicht gerade zu einem Umsteuern bei. Deshalb halte ich den Hilferuf von sechs Wohnungsbaugenossenschaften für völlig berechtigt. Wer, wie aus den Planspielen der Stadtverwaltung ersichtlich, flächendeckend intakte Wohn-

substanz einer Aufforstung opfern will, kann das nicht einmal ernsthaft mit ökologischen Gesichtspunkten begründen. Auch die Prognosen über den weiteren Bevölkerungsrückgang werden dann möglicherweise eintreffen, wenn die Stadtverwaltung durch unkontrollierten Abriss kräftig nachhilft.

Alle Betroffenen müssen endlich an einen Tisch, bevor weitere derartige Schrumpfungskonzepte über Umwege an die Öffentlichkeit gelangen. Das schließt nicht nur die Wohnungsunternehmen, sondern auch Bürgervereine und andere Grünauer Aktivisten von vornherein ein. Und natürlich müssen von Anfang an auch die in Grünau wohnenden und gewählten Abgeordneten einbezogen werden.

### Antragsschluss

Antragsschluss für die 5. Tagung der 10. Stadtdelegiertenkonferenz, welche am 11. November stattfindet, ist Montag, der 23. Oktober 2006, 18:00 Uhr.

# Aufruf zu den Demonstrationen am 21.10. 2006

Das geht nur ganz anders!  
die Aushöhlung von demokratischen Arbeitnehmer/Innenrechte beenden, die gewollten Verarmungsprogramme von Alten, Behinderten, Erwerbslosen und Kindern stoppen, die Teilhabe an Arbeit und freier Bildung für alle Menschen, die täglichen Repressionen in der Asyl- und Hartz IV-Politik sofort beenden, für fairen Handel weltweit, Rücknahme der neoliberalen Agendapolitik, Erhaltung des Sozialstaats, Recht auf Wohnung für Alle, sofortiger Stopp aller Kriegsvorbereitungen:  
am 21. Oktober 2006 Demonstrationen in Berlin, Dortmund, Frankfurt, München und Stuttgart des DGB und der sozialen Bewegungen  
DIE LINKE. im Deutschen Bundestag ruft auf:

Beteiligen Sie sich, beteiligt Euch an den Demonstrationen des DGB und anderen gesellschaftlicher Gruppen am 21. Oktober in Berlin, Dortmund, München Stuttgart und Frankfurt am Main! Dieser Aktionstag schließt an die bisherigen sozialen Proteste an und kann nur der Auftakt für weitere Proteste gegen die unsoziale Politik der großen Koalition sein. Es reicht – eine andere Politik ist nötig und möglich!

## Einzelheiten für den 21. Oktober 2006 in Berlin

11:00 Uhr:  
Beginn der Demonstration der sozialen Bewegungen, Ort: Rotes Rathaus  
13:00 Uhr:  
Beginn der Kundgebung des DGB, Ort: Pariser Platz

Leipzig:  
Für Teilnehmer an der Demonstration und Kundgebung:  
Treffpunkt: Hauptbahnhof (Blumenhanisch) Uhrzeit: 7:30 Uhr, Abfahrt: 8:12 Uhr, Gleis 13  
Für Teilnehmer nur an Kundgebung:  
Abfahrt: 8:30 Uhr, Volkshaus (Karl-Liebknecht-Str.)  
Teilnahmemeldung:  
Telefonische Rückmeldung bis 17. Oktober an DGB -Leipzig  
Tel. 0341/ 211 09 55 auch: per E-Mail: Leipzig@dgb.de  
Die Mitfahrt ist kostenfrei und wird vom DGB übernommen  
Lasst uns nicht nur über Protest reden - demonstriert dafür und mobilisiert viele für diesen „heißen Herbst“ und darüber hinaus!  
*Petra Weißfuß*

## Mindestlohn sind: Euro '8'

Mindestlohn sind: Euro '8',  
sonst wird kein Finger krumm gemacht.

Dividenden-Millionen,  
da muss sich auch Arbeit lohnen.  
Kellner, Wachdienst und Friseur  
hungern schon in stiller Größe.  
Aber sind sie erst erwacht:  
Mindestlohn sind Euro '8'!

Konzerne zahlen keine Steuern,  
können den Profit verteuern,  
wenn sie Arbeitnehmer feuern –  
Mann der Arbeit, aufgewacht:  
Mindestlohn sind: Büro '8'!

Altersarmut, Hunger-Rente  
bleibt dir einst ein schlimmes Ende,  
weil du alles mitgemacht,  
darum: Mindestlohn die '8'!

Weltenweite Monopole  
scheffeln sie, die große Kohle.  
Erdöl. Gas. Uran und Eisen  
liefern sie zu Super-Preisen  
Der die Arbeit hat gemacht –  
Mindestlöhne: Euro '8'!"

Arbeitsklaven, ganze Heere  
halten sich die Milliardäre.  
Die Konzerne und die Banken  
an der Euro-Fettsucht kranken.  
Es gibt Grenzen - Schluss gemacht,  
darum Mindestlöhne '8'!



Kleine Unternehmer stöhnen:  
„Gar nichts geht mit höh´ren Löhnen.  
Wenn die Arbeit wir verteuern,  
müssen runter unsre Steuern.“  
Darum ein Gesetz gemacht:  
Mindeslöhne Euro '8'!

L-Euro-Jobs, die sind ein Hohn,  
aber nie der Arbeit Lohn.  
Wer da sitzt im Parlament,  
saftige Diäten kennt,  
macht kaputt soziales Netz -  
Hartz IV - Armut durch Gesetz.  
Stoppen wir den Bundestag -  
Streik und Generalvertrag:  
Mann der Arbeit, aufgewacht!  
Mindestlohn sind: Euro '8'!

## Unser Herz schlägt für Leipzig!

**Linksfraktion.PDS unterstützt Sanierung des Stadtbades mit 700 Euro**

Die Linksfraktion.PDS votierte 2004 gegen die beabsichtigte Schließung des Leipziger Stadtbades. Sie begrüßt daher die von den Kommunalen Wasserwerken gemeinsam mit anderen Partnern ins Leben gerufene Initiative zur Rettung des architektonisch wertvollen Gebäudes. Aus dem Spendenfonds der Fraktion, der im Mai 2001 aus Anlass der von ihren Stadträtinnen und Stadträten abgelehnten Erhöhung der Aufwandsentschädigung geschaffen wurde und durch monatliche Beiträge gefüllt wird, stellt sie daher 700 Euro für die Förderstiftung Leipziger Stadtbad zur Verfügung.

*Dr. Ilse Lauter  
Fraktionsvorsitzende*

## Forum

Das Marxistische Forum Leipzig und der Rotfuchsverein laden zu einem Forum: "Marxisten und Christen im Dialog" mit dem Theologen Peter Franz (Jena) am Dienstag, 7. November 2006, 18:00 Uhr ins Liebknecht-Haus Leipzig ein.

## Verkauf von Anteilen der Stadtwerke ist untaugliches Mittel – Alternativen sind zu prüfen!

Im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Stadtwerkeanteilsverkauf hat die Linksfraktion.PDS im Stadtrat zu Leipzig Anfang September in einem Schreiben an den Oberbürgermeister grundsätzliche Fragen nach den nachhaltigen Wirkungen dieser Transaktion aufgeworfen.

Die Antworten der Stadtverwaltung liegen uns inzwischen vor und wurden auf der Fraktionssitzung am 6.Oktober 2006 bewertet.

Nach sorgfältiger Prüfung müssen wir als Fazit ziehen: Unsere Fragen konnten nicht

überzeugend beantwortet werden, vor allem zu solch grundsätzlichen Problemen wie:

- der strategischen Einordnung des Anteilsverkaufs,
- der künftigen Sicherung des öffentlichen Nahverkehrs,
- der Möglichkeit der nachhaltigen Entschuldung des Haushaltes sowie
- der Erreichbarkeit der anderen mit dem Verkauf beabsichtigten Ziele.

Damit steht und fällt für uns jedoch der Sinn der beabsichtigten Anteilsveräuße-

rung der Stadtwerke. Wir müssen sie somit als untaugliches Mittel für die nachhaltige Haushaltsanierung ablehnen.

Unsere Hauptkritik am gesamten bisherigen Verfahren ist, dass andere Alternativen zur Haushaltsanierung überhaupt nicht belastbar geprüft worden sind. Wir sehen als eine solche Möglichkeit die Ablösung des Gesellschafterdarlehens durch die LVV sowie eine Veräußerung von Aktienbesitz der LVV zu einem günstigen Zeitpunkt. Einen entsprechenden Prüfauftrag wird die Fraktion der Linkspartei.PDS dem Leipziger Oberbürgermeister erteilen.

*Dr. Ilse Lauter  
Fraktionsvorsitzende*

## Im anderen Film? – Der Ton macht die Musik

Für den 11. September hatte die Stadtratsfraktion der Linkspartei.PDS in den Straßenbahnhof Angerbrücke zu einer Anhörung zum Entwurf des neuen Nahverkehrsplanes eingeladen. Mitglieder der Stadtbezirksbeiräte, der Ortschaftsräte, der Bürgervereine und weitere interessierte Bürgerinnen und Bürger wollten von den Verantwortlichen der Stadt und den LVB Näheres über Veränderungen im neuen Nahverkehrsplan erfahren und ihre Vorstellungen in die Diskussion einbringen.

Für die Linkfraktion sind solche Veranstaltungen Normalität, um sachkundig in die Ausschussdebatten gehen zu können. Man kann Bürgerinteressen nur vertreten, wenn man diese auch kennt.

In der ersten halben Stunde informierte Frau Höfer, Leiterin des Verkehrsplanungsamtes, wie künftig die neuen Ortsteile besser eingebunden und die Taktzeiten durch Bündelung der Straßenbahntrassen kurz gehalten werden sollen. Der Bürgermeister für Stadtentwicklung, Herr zur Nedden betonte, dass der öffentliche Nahverkehr für die Entwicklung der Stadt große Bedeutung hat. Herr Juhrs von der Geschäftsführung erläuterte die Entwicklung der LVB und hob deren Rolle auch als Arbeitgeber für die Region hervor. So sollen zukünftig in den Heiterblicker Werkstätten nicht nur Straßenbahnen, sondern auch Busse für Leipzig und für andere Verkehrsunternehmen entwickelt und gebaut werden. Es kam zur Sprache, dass höchstens 10 – 15 % der Leipziger den City-Tunnel nutzen werden. Die Verkehrsbetriebe denken darüber nach, parallel verlaufende

Straßenbahnstrecken stillzulegen oder anders zu führen. Zahlreiche der anwesenden interessierten Bürger forderten, dass auch bei Inbetriebnahme des City-Tunnels angrenzende Stadtteile durch Straßenbahn- und Busverbindungen an den Haltepunkten vernetzt bleiben müssen.

Mitten in diese Diskussion platzten Teilnehmer der Montagsdemonstration herein. Sie stellten Fragen, die bereits beantwortet waren und versuchten die Diskussion an sich zu reißen und einzig mit dem ihrer Meinung nach wichtigsten Thema „Sozialticket“ zu dominieren. Dies eskalierte soweit, dass Teilnehmer lautstark verbal attackiert wurden und sich einige sogar bedroht fühlten. Daraufhin verließen einzelne Gäste frustriert die Veranstaltung.

Es entspricht nicht den Tatsachen, dass Herr Juhrs das Thema Nahverkehr ausparen wollte. Die Diskussion war nur bereits vor dem Auftauchen der Protestierer geführt worden, weil dieses Thema auch andere Leipziger interessierte und inhaltlich nur ein Teil der Veranstaltung war. Auch Bürgermeister zur Nedden hatte bereits ausgeführt, dass nicht alle Ursachen für Tarifierhöhungen der Stadt und der LVB allein, sondern vor allem Streichungen von Zuschüssen durch Bund und Land geschuldet sind.

Stadträtin Margitta Hollick versuchte die „aufgeheizte“ Atmosphäre wieder zu versachlichen und erinnerte daran, dass durch die Leipziger PDS-Fraktion der Sozial- und Familienpass mit vielfältigen günstigen Leistungsangeboten initiiert wurde. Als dieser Anfang des Jahres ganz abgeschafft werden

sollte, musste die Fraktion sehr hart um seinen Erhalt ringen. Da das geforderte Sozialticket eine „verdeckte Gewinnausschüttung“ an die Stadt wäre, müsste die Stadt die Kosten direkt übernehmen. Damit würde der „Leipzig-Pass“ wieder in Frage gestellt werden und es stände die Entscheidung „Sozialticket oder Leipzig-Pass“.

Reiner Engelmann, verkehrspolitischer Sprecher, hob in seinen Schlussbemerkungen hervor, dass Tarife langfristig nur bezahlbar bleiben, wenn der Querverbund der städtischen Versorgungsunternehmen im kommunalen Eigentum verbleibt. Er signalisierte eine Zustimmung der Fraktion zum Nahverkehrsplan und kündigte Vorschläge für die bessere Anbindung noch ungenügend erschlossener Wohngebiete an. Die Akteure der Montagsdemo, zu denen auch Mitglieder und Sympathisanten der Linkspartei und der WASG gehörten, haben durch Ihr provokantes und forderndes Auftreten nicht nur Unverständnis geerntet und sich als Gesprächspartner diskreditiert, sie haben auch dem berechtigtem Anliegen nach bezahlbareren öffentlichen Verkehrsmitteln selbst einen Bärendienst erwiesen. Sie werden es schwer haben, ein neues Vertrauensverhältnis zu denen aufzubauen, die sich seit der Wende am konsequentesten im Stadtrat für soziale Belange und für die sozial Schwächsten einsetzen und trotz großer Haushaltzwänge viel erreicht haben. Dieser Beitrag entstand als Reaktion auf den Artikel „Tarife kein Thema“ in Leipzigs Neue Nr. 19/06. Leider wurde er dort nicht gedruckt. Ich halte es aber für wichtig, auch die andere Sichtweise darzustellen.

*Siegfried Schlegel*

## Regelmäßige Termine

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d.  
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

### Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag im Monat, 15:00 Uhr und 18:30 Uhr

### AG Betrieb & Gewerkschaft

jeden 2. Donnerstag, 19:00 Uhr

### AG Cuba si

jeden 2. Dienstag, 18:00 Uhr

### AG Junge GenossInnen

jeden 1. Mittwoch, 18:30 Uhr

### AG Lisa

jeden 3. Montag, 19:00 Uhr

### AG Parteireform von unten

jeden 3. Donnerstag, 19:00 Uhr

### AG Senioren

jeden 1. Donnerstag, 9:00 Uhr

### AG Soziale Politik

jeden 1. Dienstag, (Arbeitsberatung) und jeden 4. Dienstag, (thematische Veranstaltung, 18:00 Uhr, linxxnet.

### AG Tollwut

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

### GBM e. V. – Sprechstunden

jeden 1. Montag, 9:30 bis 11:00 Uhr

### GRH e. V. – Sprechstunden

jeden 3. Mittwoch, 15:00 Uhr

### IG Wohnungs- und Mietpolitik

jeden 3. Dienstag, 15:00 Uhr

### ISOR e. V.

jeden 4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Messemagisträle, Straße des 18. Oktober 10 a

### Kommunistische Plattform

jeden 1. Donnerstag, 18:30 Uhr

### Ökologische Plattform

jeden 1. Mittwoch, 19:00 Uhr

### Marxistisches Forum

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr

### Die Linke.Hochschulgruppe

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

### Rentenberatung

Termine nach telefonischer Vereinbarung unter Tel.: 14 06 44 11

### Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Montag, 18:00 Uhr

## Terminvorschau

### Di., 24. Oktober 2006 - 18:00

Vortrag und Diskussion: Berühmt, geschmäht und totgeschwiegen – Aus dem Leben des jüdischen Philosophen und Mitbegründers der Völkerpsychologie Moritz (Moses) Lazarus (1824–1903). Mit Brigitte Lange, Leipzig. Moderation: Prof. Dr. Siegfried Bönisch. RLS.

### Mi., 25. Oktober 2006 - 18:30 Uhr

Diskussion: Lateinamerika – Auf der Suche nach dem linken Weg (Teil II). Mit Dr. Peter Hamann, Leipzig. Klub Gshelka, An der Kotsche 51, 04207 Leipzig.

### Fr., 27. Oktober 2006 - 18:00 Uhr

„Unterm Dach“ - Literaturcafe am Freitag: „Vorlesen & Zuhören“ Offener Lektüre- und Gesprächskreis. Veranstalter: AG LISA. LHL.

### Sa., 28. Oktober 2006 - 9:30 Uhr

Kolloquium: Politische Bildung in Ost und West. Der Umgang mit dem antifaschistischen Grundkonsens. Mit Dr. Lothar Nettelmann, Oberstudienrat Gerhard Voigt, beide Hannover, Dr. Thomas Ahbe, Leipzig, Dr. Dieter Schlönvoigt, Berlin, und Dr. Dieter Chitralla, Leipzig. Moderation: Prof. Dr. Kurt Schneider. In Zusammenarbeit mit Lamprecht-Gesellschaft und BdA Leipzig. RLS.

### Do., 2. November 2006 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: Aus der Arbeit der Fraktion der Linkspartei im Deutschen Bundestag. Mit MdB Dr. Barbara Höll. LHL.

### Di., 7. November 2006 - 18:00 Uhr

Philosophieren zwischen Auftrag und Kritik.

Zur Situation der Philosophie in Leipzig von 1985 bis 1989. Podiumsdiskussion zu »Konstanze Schwarzwald: Im Zauberberg ...« Mit Konstanze Schwarzwald, Prof. Dr. Ulrich Johannes Schneider und Prof. Dr. Helmut Seidel. RLS.

### Mi., 8. November 2006 - 18:00 Uhr

Bildungsabend: Der Weg zu einer neuen Linkspartei – die Gründungsdokumente. Als kompetenten Referenten konnten wir gewinnen: Dr. Frank Thiel, parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion Linkspartei. PDS im Landtag Sachsen-Anhalt. Canapee (Holzhäuser Straße, Ecke Schönbachstraße.

### Sa., 11. November 2006 - 9:00 Uhr

5. Tagung der 10. Stadtdelegiertenkonferenz, Tagungshotel Dt. Telekom, Zschochersche Straße

### Sa., 11. November 2006 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen Leipzig. Gezeigt wird der Film: „Der Nürnberger Prozess“. Der Eintritt ist frei. LHL.

### Di., 14. November 2006 - 18:00 Uhr

Film und Zeitzeugengespräch: »Über die Schwelle« – Walter Ruge, ein Überlebender des GULAG, erinnert sich. Mit Walter Ruge und dem Regisseur Stefan Mehlhorn, RLS.

### Mi., 15. November 2006 - 14:00 Uhr

Sitzung des Leipziger Stadtrates, Neues Rathaus, Stadtratssaal

### Do., 16. November 2006 - 17:30 Uhr

Vortrag und Diskussion: GUS – Realität oder Fiktion? Mit Dr. Wolfgang Grabowski. RLS.

### Do., 23. November 2006 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Der Schweizer religiöse Sozialist Leonhard Ragaz (1868–1945) Mit Peter Niederstein, Parrer, Thamins/Schweiz. In Zusammenarbeit mit der Karl-Lamprecht-Gesellschaft e. V. RLS.

### Fr., 24. November 2006 - 18:00 Uhr

„Unterm Dach“ - Literaturcafe am Freitag: Rezitieren und Korrigieren. Kleine Übung mit professionellem Ratschlag. (In dieser Veranstaltung kann mit der Regisseurin und Schauspielerin Luise Wilsdorf gutes Text-Sprechen geübt werden...) Veranstalter: AG LISA. LHL.

### Di., 28. November 2006 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Max Stirners Präanarchismus und seine Wirkungen. Zum 200. Geburtstag Max Stirners. Mit Dipl.-phil. Kurt Fleming, Leipzig. Moderation: Prof. Dr. Helmut Seidel. RLS.

### Mi., 29. November 2006 - 18:30 Uhr

Vortrag und Diskussion: Die Linke und das Streben um die politische Macht. Teil 1: Demokratie und Macht. Mit Prof. Dr. Ekkehard Lieberam, Leipzig. Klub Gshelka, An der Kotsche 51, 04207 Leipzig.

### Do., 30. November 2006 - 18:00 Uhr

Der Historikertag in Konstanz. Mit Dr. Gerald Diesener, Leipzig. In Zusammenarbeit mit der Karl-Lamprecht-Gesellschaft. RLS.

### Sa., 2. Dezember 2006 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen. Gezeigt wird der Film: „Jim Caroll – In den Straßen von New York“. Der Eintritt ist frei. LHL

### Impressum:

Herausgeber:

Linkspartei.PDS Stadtvorstand Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, fon: 0341 - 14 06 44 11, fax: 0341 - 14 06 44 18  
homepage: <http://www.linksparitei-leipzig.de>, email: [vorstand@linksparitei-leipzig.de](mailto:vorstand@linksparitei-leipzig.de)

Spendenkonto:

Sparkasse Leipzig, KontoNr.: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92

Redaktion:

Steffi Deutschmann, Christine Halle, Christina Mertha, Sören Pellmann (V.i.S.d.P.)

Gestaltung:

Sören Pellmann

Druck:

GNN-Verlag Schkeuditz, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 11/2006 ist Donnerstag, 9. November 2006. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.